



ThinkPeace

böllpaper

Sozioökonomische Kosten von Krieg und Unterdrückung im Nahen Osten

Warum Europas Ansatz zu kurz greift

Barbara Mittelhammer

WICHTIGSTE ERKENNTNISSE:

- Der Krieg der USA und Israels gegen den Iran sowie die anhaltenden regionalen Konflikte fügen der Zivilbevölkerung verheerenden sozioökonomischen Schaden zu – von Massentlassungen und zerstörter Infrastruktur bis hin zum Zusammenbruch der informellen Wirtschaft. Dennoch konzentriert sich die europäische Debatte weiterhin darauf, wie sich dies auf die europäischen Märkte und die geopolitische Ordnung auswirkt, während die weitaus schwerere Last, die die Menschen in der gesamten Region zu tragen haben, ausgeklammert wird.
- Krieg und Unterdrückung sind eng miteinander verflochten: Im Iran hat die militärische Aggression die politische Unterdrückung verschärft, einschließlich sprunghaft angestiegener Hinrichtungen und einer 88-tägigen Internet-Sperre, die die sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen des Alltagslebens zerstört hat.
- Die Folgen des Konflikts sind stark geschlechtsspezifisch und treffen diejenigen am härtesten, die in prekären, informellen oder unsichtbaren wirtschaftlichen Rollen tätig sind. Zwei Beispiele: Im Iran hat die Internetabschaltung die Kleinstunternehmen von Millionen von Frauen zusammenbrechen lassen; im Libanon sind Frauen und marginalisierte Gemeinschaften die ersten, die ihre Lebensgrundlagen verlieren, und die letzten, die beim Wiederaufbau einbezogen werden.
- Zivilgesellschaftliche Organisationen und von Frauen geführte Netzwerke stützen das soziale und wirtschaftliche Gefüge, was formelle Institutionen nicht erreichen. Ihr Wissen darüber, was für den Wiederaufbau erforderlich ist, darf nicht erst nachträglich berücksichtigt werden, sondern muss der Ausgangspunkt für die Politikgestaltung sein.
- Deutschland und die EU müssen ihre politische Passivität überwinden und zu einem Ansatz für menschliche Sicherheit übergehen, der sozioökonomische Realitäten in den Mittelpunkt stellt, das Völkerrecht konsequent anwendet und die Zivilgesellschaft sinnvoll einbindet. Andernfalls laufen sie Gefahr, strategisch irrelevant zu werden, während sie einen Wiederaufbau finanzieren, der bestehende Schwachstellen zementiert anstatt sie zu beseitigen.

Der Kontext des Krieges und Europas Reaktion

Der im Februar 2026 begonnene, von den USA und Israel gewollte Krieg gegen den Iran hat regionale und globale Paradigmen grundlegend verändert. Das ausgehandelte Memorandum of Understanding zwischen dem Iran und den USA eröffnet zumindest die Aussicht auf ein Ende des Krieges, auch wenn vieles noch diskutiert werden muss und Raum für Kritik bleibt. Dennoch setzten sowohl Israel als auch die Hisbollah bereits am nächsten Tag ihre Angriffe und Gegenangriffe fort. Unterdessen dreht sich die europäische Debatte größtenteils um die Auswirkungen des Krieges auf die Geopolitik, die europäischen Märkte und die Preissteigerungen. Doch die Last des Krieges lastet am schwersten auf den Menschen in der Region sowie auf dem physischen und sozialen Gefüge der gesamten Region – von Todesopfern und Traumata über zerstörte öffentliche, wirtschaftliche und zivile Infrastruktur bis hin zu unterbrochenen Handelswegen und eingeschränktem Zugang zu grundlegenden Gütern wie Wasser und Strom. Diese Faktoren verschärfen die humanitäre Katastrophe in Gaza und im Jemen, während die Folgen der Eskalation sich immer weiter verdichten.

Die Menschen in der Region sind gefangen zwischen Krieg, Unterdrückung im eigenen Land und internationaler Untätigkeit. Doch obwohl sie die schwersten Folgen zu tragen haben, bleiben ihre Perspektiven marginalisiert. Internationale Reaktionen auf den Krieg, sei es das Machtgeplänkel nach dem Motto „Macht geht vor Recht“ oder die [politische Passivität Deutschlands und der EU sowie technische Lösungen nach der Krise](#) blenden weiterhin die menschliche Dimension aus. Damit versäumt es Europa, zentrale Faktoren anzugehen, die darüber entscheiden, ob Gesellschaften sich wieder aufbauen und zusammenhalten können. Ein Blick auf konkrete Beispiele kann helfen zu verstehen, wie Krieg und Konflikt nicht nur die physische Infrastruktur zerstören, sondern auch das soziale Gefüge und die wirtschaftlichen Grundlagen der Menschen zerfallen lassen. Dies geschieht auf stark geschlechtsspezifisch geprägte Weise und trifft diejenigen am härtesten, deren wirtschaftliche Teilhabe ohnehin schon prekär, informell oder gar unsichtbar war.

Eine feministische Perspektive zeigt, dass weder eine ausschließliche Fokussierung auf Geopolitik noch eine Stabilisierung von oben herab den Faktoren gerecht wird, die darüber entscheiden, ob Gesellschaften Krisen standhalten, sich wiederaufbauen und Frieden sichern können. Vielmehr konzentriert sie sich auf die Handlungsfähigkeit und die Bedürfnisse derjenigen, die unter Krisenbedingungen ihr Leben aufrechterhalten, um davon ausgehend eine politische Antwort entwickeln zu können. Ein solches Umdenken ist entscheidend. Eine europäische Strategie, die die menschlichen und sozioökonomischen Dimensionen nicht in den Mittelpunkt stellt, wird nicht zu dauerhaftem Frieden führen.

Die Auswirkungen von Krieg auf das soziale und wirtschaftliche Gefüge und ihre Bedeutung für dauerhafte Stabilität

Der Fall Iran veranschaulicht den Zusammenhang zwischen externer militärischer Aggression und interner Unterdrückung sowie deren verheerende Folgen – von schwersten Menschenrechtsverletzungen bis hin zu den gravierenden Auswirkungen auf das soziale Gefüge und die sozioökonomische Dynamik im Land. Die Iraner*innen sind inmitten sich überlappender Krisen gefangen, die sich gegenseitig verstärken: die Allgegenwart des andauernden Konflikts, beispiellose Massenmorde an Tausenden, möglicherweise Zehntausenden friedlicher Demonstrant*innen bei einer militärisch anmutenden Niederschlagung im Januar, die Nachwirkungen des 12-tägigen Krieges im Jahr 2025, sich verschärfende politische Unterdrückung, eine sich zuspitzende wirtschaftliche Notlage und die systematische Einschränkung ihrer digitalen Rechte.

Ein grausames Beispiel für die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der oben genannten Krisen sind die bleibenden Folgen der Instrumentalisierung der Todesstrafe für die Familien der Betroffenen – einschließlich ihrer wirtschaftlichen Stabilität. Dies ist besonders alarmierend angesichts des sprunghaften Anstiegs von Hinrichtungen als Instrument der Unterdrückung unter dem Deckmantel des Krieges sowie aus politischen oder sicherheitspolitischen Gründen. Allein zwischen dem 18. März und dem 3. Juni 2026 hat das iranische Regime mindestens 40 Menschen aufgrund politischer oder sicherheitspolitischer Anklagen hingerichtet. Nach Exekutionen bleiben oft Frauen als Haushaltsvorstände in prekären Situationen zurück, was sie nicht nur wirtschaftlicher Marginalisierung, sondern auch sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt aussetzt. Hat die Familie einen ethnisch marginalisierten Hintergrund, verstärken systemische Diskriminierung und Verfolgung diese Gefährdung noch. Somit führt diese besonders grausame Form der Unterdrückung zu wirtschaftlicher Instabilität und verstärkt geschlechtsspezifische Gewaltmuster.

Zudem haben Militärschläge massive Schäden an der zivilen und wirtschaftlichen Infrastruktur verursacht. Dabei war die Wirtschaft aufgrund von Korruption und Misswirtschaft, jahrzehntelangen Sanktionen und Inflation ohnehin bereits in einer tiefen Krise. Doch die Zerstörung der physischen Infrastruktur ist nur eine Dimension. Der Krieg hat zu Massenentlassungen geführt, von denen weibliche Arbeitskräfte überproportional betroffen sind – und das in einem Arbeitsmarkt, in dem der Frauenanteil ohnehin nur etwa 14 Prozent beträgt. Die beispiellose 88-tägige Internetsperre des iranischen Regimes und die nur begrenzte und diskriminierende Wiederherstellung des Zugangs haben die wirtschaftlichen Strukturen für Millionen von Iraner*innen untergraben, mit geschätzten wirtschaftlichen Verlusten von 30 bis 40 Millionen US-Dollar pro Tag allein an direkten Kosten. Dieser wirtschaftliche Abschwung hat tiefgreifende geschlechtsspezifische Auswirkungen: Anfang 2024 hatte Instagram im Iran 47 Millionen Nutzer*innen, davon 46 Prozent – über 21 Millionen – Frauen, von denen viele Instagram und ähnliche Plattformen nutzten, um Kleinstunternehmen zu

betreiben. Andere sind auf Online-Plattformen angewiesen, um Dienstleistungen anzubieten. Dieser informelle Arbeitsmarkt ist nun zusammengebrochen, mit schwerwiegenden Folgen für den Lebensunterhalt von Frauen und die informelle Beschäftigung. Die feministische Perspektive hilft zu verstehen, dass die Internetabschaltung nicht bloß eine Störung in Kriegszeiten ist. Das Regime nutzt digitale Repression seit Langem, um den zivilgesellschaftlichen Raum zu kontrollieren. Der Krieg hat lediglich einen Vorwand geliefert, dies zu verschärfen.

Diese Verschärfung der Probleme gilt natürlich nicht nur für den Iran. Der Fall des Libanon beispielsweise verdeutlicht die systematische Zerstörung der sozioökonomischen Handlungsfähigkeit durch eine Kette sich verschärfender Krisen: den schweren wirtschaftlichen Zusammenbruch im Jahr 2019, die Explosion im Hafen von Beirut und schließlich die verheerenden Auswirkungen der israelischen Angriffe und des Krieges in den Jahren 2024 und 2026. Frauen, die nur zu 29 Prozent am formellen Arbeitsmarkt teilnehmen, sind die ersten, die bei einem wirtschaftlichen Abschwung ihre Existenzgrundlage verlieren, und die letzten, die beim Wiederaufbau berücksichtigt werden. Wenn vorrangig die physische Infrastruktur wieder aufgebaut wird, ohne das soziale Gefüge einzubeziehen, und wenn die Bedürfnisse der Betroffenen nicht die Prioritäten bestimmen, wird dies die Gefährdungen und Ausgrenzungen noch weiter verschärfen. Im Libanon leben derzeit über 85 Prozent der vertriebenen Frauen in informellen Unterkünften. Ihre Erfahrungen mit der Krise und ihr Wissen darüber, was für den Wiederaufbau erforderlich ist, sind entscheidend für den Wiederaufbau.

In der gesamten Region nehmen die sozioökonomischen Folgen der Destabilisierung zu: von unterbrochenen Handelswegen bis hin zu wirtschaftlichen Ausstrahlungseffekten auf Jordanien und den Irak, von der anhaltenden humanitären Krise im Jemen bis hin zum Gazastreifen, der mit der vollständigen Zerstörung des physischen und sozialen Gefüges seiner Gesellschaft konfrontiert ist und in dem eine ganze Generation ohne Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung oder jegliche Aussicht auf (wirtschaftliche) Selbstbestimmung aufwächst. Eine feministische Perspektive zeigt in jedem dieser Kontexte die tiefe Verflechtung von physischer und sozialer Infrastruktur und warum dies von Bedeutung ist. Aus dieser Sicht verstärken sozioökonomische Not und ungelöste Missstände die Instabilität. Menschen, die im Überlebensmodus leben und darum kämpfen, ihre grundlegendsten Bedürfnisse zu befriedigen, können nicht bedeutungsvoll nach Würde, Rechten und politischer Handlungsfähigkeit streben.

Was bedeutet das für die deutsche und die EU-Außenpolitik?

Die Erkenntnisse aus dem Iran, dem Libanon und der gesamten Region sind eindeutig: Jede Reaktion auf den Krieg muss Bemühungen zur Beendigung des Konflikts, dringende humanitäre und menschenrechtliche Maßnahmen, die Stärkung sozioökonomischer Bedürfnisse sowie der Handlungsfähigkeit der Menschen mit den eigenen

politischen Interessen Deutschlands und der EU verbinden – einhergehend mit kritischer Selbstreflexion.

Kurzfristig und angesichts des Ausmaßes der Krisen beginnt dies damit, humanitäre Bedürfnisse anzusprechen und auf ein Ende der Feindseligkeiten zu drängen. Zwar spielt Europa bei den Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran nur eine untergeordnete Rolle, doch gerade in Bezug auf die Einhaltung des Völkerrechts, einen Waffenstillstand und Gewaltverzicht durch alle Parteien sollten Deutschland und die EU den Einfluss geltend machen, über den sie verfügen – auch gegenüber Israel.

Die unmittelbare Krisenreaktion muss jedoch von längerfristigem politischem Denken begleitet werden. Ein regionaler Rahmen für menschliche Sicherheit würde Deutschland und der EU einen Ansatzpunkt bieten, eine aktivere Rolle zu übernehmen, anstatt tatenlos zuzusehen, wie mächtigere geopolitische Akteure nach ihren eigenen Regeln konkurrieren. Angesichts paradigmatischer Verschiebungen wird Europa seinen Ansatz gegenüber der Region grundlegend überprüfen müssen. Dabei sollte es die Bedürfnisse und die Handlungsfähigkeit der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellen und die strukturellen Ursachen der Instabilität angehen. Dazu gehören auch Europas eigene Politiken – von der Gestaltung von Sanktionen über die inkonsequente Anwendung internationaler Rechtsstandards bis hin zur Handels- oder Waffenexportpolitik. Inkonsequenz untergräbt den außenpolitischen Einfluss Europas, während das Gegenteil eine Voraussetzung dafür ist, von Akteuren in der gesamten Region – und darüber hinaus – als Partner ernst genommen zu werden. Wenn Europa nicht als „[einsamer Kontinent](#)“ enden will, ist es höchste Zeit, den Kurs zu ändern.

Sowohl kurz- als auch langfristig sollten die EU und die Mitgliedstaaten einen wirklich inklusiven und zweigleisigen politischen Ansatz verfolgen: Einerseits sollten sie die Erkenntnisse, das Fachwissen und die Erfahrungen der betroffenen Menschen und der Zivilgesellschaft vor Ort einholen, andererseits aber auch mit denjenigen zusammenarbeiten, die als Wegbereiter und Vordenker fungieren – auch wenn dies in repressiven und abgeschotteten Kontexten besonderen politischen Willen und Anstrengungen erfordert. Dies ist besonders wichtig für von Frauen geführte Organisationen und Netzwerke, die oft das soziale und wirtschaftliche Gefüge stützen, was formelle Institutionen nicht erreichen.

Was auf dem Spiel steht

Ohne die menschliche Sicherheit und die sozioökonomischen Realitäten des Lebens der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, wird es keine dauerhafte Lösung geben. Für Deutschland und die EU ist dieses Umdenken besonders dringlich. So sehr sie auch von politischen Verhandlungen ausgeschlossen sein mögen – die Last, die Auswirkungen des Krieges abzumildern, den Wiederaufbau zu unterstützen und Hilfe nach dem Konflikt zu leisten, wird wahrscheinlich zumindest zu einem großen Teil auf ihnen lasten. Schon allein aus eigenem Interesse an einer politisch und wirtschaftlich

stabileren Region wären Berlin und Brüssel gut beraten, diese Perspektiven in ihre Reaktion einzubeziehen und jetzt damit zu beginnen.

Über ThinkPeace

In ihrem zweiten Band legt die ThinkPeace-Reihe einen regionalen Fokus, um eine umfassendere Analyse zu ermöglichen, konkrete Beispiele mit globalen Dynamiken zu verknüpfen und die Konvergenz von Krisen in einem entscheidenden globalen Moment hervorzuheben. Das Projekt ist eine Zusammenarbeit der Global Unit for Human Security (Wien), der Global Unit for Feminism and Gender Democracy (Sarajevo) und der Abteilung für Außen- und Sicherheitspolitik (Berlin) der Heinrich-Böll-Stiftung, mit Barbara Mittelhammer als Autorin und kuratorischer Leiterin.

Die Autorin

Barbara Mittelhammer ist eine unabhängige politische Analystin. Ihre Arbeit konzentriert sich auf menschliche Sicherheit, feministische Außenpolitik sowie Genderfragen und die Rolle der Zivilgesellschaft in der außenpolitischen Entscheidungsfindung. Sie hat Veröffentlichungen zur Entwicklung und Umsetzung feministischer Außenpolitik, unter anderem in Bezug auf den Iran und Syrien, verfasst und mit Thinktanks, Stiftungen, internationalen Organisationen, Ministerien, Parlamentariern und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammengearbeitet. Darüber hinaus ist sie ausgebildete Mediatorin.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e. V.,
Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Fachkontakt: Simon Ilse, Head of Global Unit for Human Security,
Vienna, simon.ilse@at.boell.org
Derya Binisik, Director Global Unit for Feminism and Gender
Democracy, Sarajevo, binisik@boell.de

Übersetzung aus dem Englischen durch DeepL

Layout: Sebastian Langer, feinkost Design, www.feinkost-design.de

Titelmotiv: © Sanakerdarshad/Wikimedia Commons (CC BY-SA 4.0)

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: Juni 2026

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Die vorliegende Publikation spielt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.

Die Publikationen der Heinrich-Böll-Stiftung dürfen nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Weitere Studien und Schriften zum Downloaden unter:
www.boell.de/publikationen